

# Simbabwe rätselt über Tsvangirais Unfall

## Unglück oder Anschlag? Mugabes Gegner alarmiert

Von Ralf E. Krüger

Johannesburg (dpa). Schock, Bestürzung und ungläubiges Erstaunen – viele Simbabweer waren nach der Nachricht vom schweren Unfall ihres neuen Ministerpräsidenten Morgan Tsvangirai zunächst sprachlos.

Vor drei Wochen erst hatte ihnen der langjährige frühere Oppositionschef trotz aller Skepsis und Ernüchterung Anlass zu vorsichtigem Optimismus gegeben, dass die zehnjährige Dauerkrise in ihrem Lande durch die Bildung einer Koalitionsregierung nun überwunden werden könnte.

Und nun ein schwerer Rückschlag: Der wichtigste Rivale des autokratischen Langzeit-Präsidenten Robert Mugabe erlitt Kopf- und Brustverletzungen und muss zudem den Tod seiner Frau und treuen Weggefährtin Susan überwinden. Obwohl nur wenige Stunden nach dem Unfall Spekulationen über einen Anschlag aufkamen, geht die Regierung der ehemaligen Kolonialmacht Großbri-

tannien – ein kritischer politischer Beobachter – nicht von einem Anschlag aus.

Der Lastwagen, mit dem Tsvangirais Geländewagen zusammengestoßen war, habe zu einer britisch-amerikanischen Hilfsorganisation gehört, teilte das Außenministerium in London mit. »Alles deutet darauf hin, dass es sich um einen wirklichen Unfall gehandelt hat«, sagte eine Sprecherin.

Tsvangirais Wagen war am Freitag mit dem Ehepaar, einem Mitarbeiter und dem Fahrer auf dem Weg nach Buhera. Begleitet von zwei Sicherheitsfahrzeugen ging es die enge, von Schlaglöchern übersäte Straße nach Masvingo entlang – bis nahe dem Ort Beatrice ein schwerer Lastwagen mit Anhänger auftauchte, der auf der Höhe des im Konvoi fahrenden Geländewagens plötzlich ins Schleudern geriet

und ihn von der Straße fegte. Der Wagen überschlug sich mehrfach.

Da in Simbabwe Mugabe-Gegner schon häufiger bei Verkehrsunfällen ums Leben kamen, schossen schnell Spekulationen ins Kraut. »Wir sind uns der Tatsache

bewusst, dass schon zahlreiche Gegner von Robert Mugabe in mysteriöse Verkehrsunfälle mit Lastern verwickelt waren«, meinte in Südafrika MDC-Sprecher Sibabeng Dube, der später Mugabes Partei offen einen Anschlag auf Tsvangirai vorhielt. Auch in simbabwischen Exilkreisen fand diese Theorie Anhänger, während die MDC-Führung in Simbabwe Sabotage zwar nicht ausschloss, aber zunächst eine unabhängige Untersuchung abwarten will. Sie hielt den Behörden vor allem ungenügende Absicherung des Konvois durch die Polizei vor.

Nach jahrelanger Schikane und Repression sitzt das Misstrauen zwischen den politischen Lagern tief. Die andauernde Inhaftierung des designierten Vize-Agrarministers Roy Bennett von Tsvangirais Bewegung für Demokratischen Wandel ist dabei nicht vertrauensbildend. Auch Tsvangirai misstraute offensichtlich seinem Koalitionspartner Mugabe, als er den ihm zur Verfügung gestellten neuen Dienst-Mercedes verschmähte und stattdessen lieber im Geländewagen seiner Partei fuhr.

Er war schon mehrfach in der Vergangenheit von Mugabes Gefolgsleuten malträtiert worden. Vom versuchten Fenstersturz bis zur Prügelei mit Eisenrohren reichen die Übergriffe. Am Samstagabend verließ Tsvangirai bandagiert das Krankenhaus und bestieg den Jet von Botsuanas Präsident Ian Khama. Im Nachbarland soll er gründlich untersucht werden.



Morgan Tsvangirai verlor seine Ehefrau Susan.



## IT-Branche schöpft auf kleinerer CeBIT neue Hoffnung

Die weltgrößte Informations- und Telekommunikationstechnikmesse CeBIT hat in diesem Jahr deutlich weniger Publikum angezogen. Die Besucherzahl sei gegenüber dem Vorjahr um knapp 20 Prozent auf gut 400 000 zurückgegangen, teilte Deutsche Messe AG zum Abschluss des Branchentreffens gestern in Hannover mit. Angesichts der Wirtschaftskrise war auch die Ausstellerzahl deutlich geringer als in den

Vorjahren. Mit 4300 Firmen waren es ein Viertel weniger als 2008. »Ein Großteil der 4300 Unternehmen aus 69 Ländern hat auf der CeBIT neuen Mut gefasst«, erklärte Ernst Raue, CeBIT-Vorstand der Deutschen Messe AG. »Viele Aussteller und Besucher verlassen Hannover mit neuer Hoffnung, vollen Auftragsbüchern und einer soliden Basis für neues Geschäft.«

Foto: Messe



Die Unfallstelle 80 Kilometer östlich der Hauptstadt Harare. Polizisten untersuchen den Geländewagen von Ministerpräsident Morgan Tsvangirai.

# Gegen Insolvenzschutz für private Großbanken

## Sparkassen und Volksbanken: Wettbewerb verzerrt

Von Bernhard Hertlein

Bielefeld/Münster (WB). Der Ton zwischen Sparkassen und Volksbanken einerseits und privaten Großbanken andererseits wird schärfer. Sprecher öffentlich-rechtlicher und genossenschaftlicher Institute verlangten übereinstimmend, es müsse »künftig möglich sein, dass Banken auch pleite gehen«.

»Ich fordere die Einführung der Marktwirtschaft für Banken«, sagte gestern Dr. Dieter Brand, stellvertretender Vorstandschef und designierter Nachfolger von Hans-Georg Vogt in der Sparkasse Bielefeld, beim »Grünen Salon« in Bielefeld. Trotz der schwer wie-

genden Folgen, die das Aus der US-Investmentbank Lehman Brothers nach sich zog, müsse nach Wegen gesucht werden, ein Geldinstitut für Fehler büßen zu lassen, ohne dass das ganze System einstürze. Die Probleme der Commerzbank beispielsweise seien keineswegs eine Folge der weltweiten Finanzkrise. Das inzwischen größtenteils dem deutschen Staat gehörende Institut haben sich vielmehr bei der Eurohopy verspekuliert und mit der Dresdner Bank zuviel aufgeladen.

Hans Pfeifer, als Vorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Ge-



Dieter Brand: Aufsicht arbeitet nicht professionell.

nossenschaftsverbandes Sprecher der regionalen Volks- und Raiffeisenbanken, kritisierte in Münster die Wettbewerbsverzerrungen, die die staatlichen Schutzschirme auslösten. Richtig sei es, Banken, die wie die Hypo Real Estate unverzichtbar für das System seien, aufzufangen. »Zugleich muss aber der Marktaustritt erfolgreicher Banken

mit geringer Systemrelevanz möglich bleiben«, forderte Pfeifer. Es gebe keine allgemeine Kreditkrise, die einen Schutzschirm für die ganze Bankenbranche rechtfertigten: »Allein in Rheinland und Westfalen können wir sofort Kredite in Höhe von 37 Milliarden Euro zur Verfügung stellen.« Das sei mehr, als nachgefragt werde.

Brand und Pfeifer fordern beide eine stärkere Kontrolle. Die Aufsicht solle professionalisiert und auf internationale Beine gestellt werden. »Da müssen die Nationalstaaten auch auf einen Teil ihrer autonomen Rechte verzichten«, sagte Brand. Der Wissenschaft warf er vor, kein Konzept für die Zeit nach dem Ende des Finanzkapitalismus' angelsächsischer Prägung zu haben. Ihre sich im kurzen Abstand verschlechternden Prognosen beschleunigten nur die Tal-fahrt. Als »verantwortungslos« geistelte er das Gerede von einer möglichen Währungsreform.

## Eine »Ampel« für Finanzanlagen

Bielefeld (WB/in). Klaus Müller, Vorstand der NRW-Verbraucherzentrale in Düsseldorf, hat eine einfache Kennzeichnung der Finanzanlagen gefordert. Auf einer Podiumsdiskussion der Partei der Grünen in Bielefeld schlug er vor, weitgehend risikofreie Anlagen wie Tagesgeld oder Bundes-schatzbriefe mit ei-



Klaus Müller in Bielefeld. Fotos: Hertlein

nem grünen Stempel zu versehen. »Zertifikate erhielten dann einen roten Stempel«, sagte Müller.

Er nahm Anleger in Schutz. Nur weil sie wegen höherer Zinsen etwa zur Kauping-Bank gewechselt seien, seien sie nicht als »gierig« einzustufen. Viele seien von Beratern regelrecht »überredet« worden.

## Schonfrist für Althaus endet bald

### Treffen mit Ministern

Erfurt (dpa). Für den bei einem Skiunfall verletzten Thüringer Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU) zeichnet sich ein Ende der politischen Schonfrist ab.

»Dieter Althaus hat sich auf die politische Bühne zurückgemeldet. Das heißt für uns: Wir setzen uns mit ihm und seiner Politik auseinander. Da gibt es eine lange Mängelliste«, sagte der Thüringer SPD-Spitzenkandidat Christoph Matschie beim Landesparteitag in Gera. Erstmals seit mehr als zwei Monaten traf sich Althaus gestern in am Bodensee mit Vertretern seiner Regierung. Stellvertreterin Birgit Diezel und Staatskanzleiminister Klaus Zeh (beide CDU) sprachen mit Althaus über die Opel-Krise und das Konjunkturpaket II. Auch über die Landesvertreterversammlung am 14. März und die Kandidaten für die Wahlen sei beraten worden.

Am Samstag soll Althaus in Abwesenheit zum CDU-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl gewählt werden. Diezel bezeichnete das Treffen als einen »bewegenden Moment«. »Wir hatten ein gutes und ergebnisorientiertes Gespräch.« Althaus hat laut Staatskanzlei der Regierung für ihre Arbeit gedankt und erklärt: »Ich bin stolz auf euch.« Wann Althaus auf die politische Bühne zurückkehrt, blieb am Wochenende Gegenstand von Spekulationen.

Am Samstag soll Althaus in Abwesenheit zum CDU-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl gewählt werden.

Auf Kenia weicht die EU aus, weil es in Somalia – Heimatland der meisten Piraten am Horn von Afrika – infolge des Bürgerkriegs keine staatlichen Strukturen gibt. Für die Menschenrechtsorganisation Amnesty International ist aber »die Einhaltung von Rechtsstandards in Kenia teilweise zweifelhaft«, wie der Sprecher der deutschen Sektion, Dawid Bartelt,

# Piraten doch in Kenia vor Gericht

## EU schließt Folter und Todesstrafe aus

Hamburg (dpa). Die von der Bundeswehr am Horn von Afrika gefangen genommenen Piraten kommen nun doch nicht in Deutschland vor Gericht. Die neun Somalier sollen morgen an Kenia übergeben werden.

Grundlage dafür ist ein am Freitag geschlossenes Abkommen der EU mit Kenia über die Strafverfolgung von Piraten, die im Rahmen der Mission »Atalanta« gefasst werden. Den Weg für die Übergabe an Kenia hatte am Samstag die Hamburger Staatsanwaltschaft freigemacht, die in Deutschland für Straftaten auf hoher See zuständig ist.

Sie hatte erfolgreich deutsche Haftbefehle beantragt, verzichtete aber schließlich auf die weitere Strafverfolgung in Deutschland. Man sei »nach eingehender Prüfung« zu dem Ergebnis gekommen, dass in Kenia Piraterie ebenfalls strafbar sei und »Mindeststandards bei der Durchführung eines Strafverfahrens« gesichert seien, sagte Behördensprecher Wilhelm Möllers. Die Piraten sollen morgen nach dem Einlaufen der »Rheinland-Pfalz« in Mombasa an die Behörden übergeben werden.

Auf Kenia weicht die EU aus, weil es in Somalia – Heimatland der meisten Piraten am Horn von Afrika – infolge des Bürgerkriegs keine staatlichen Strukturen gibt. Für die Menschenrechtsorganisation Amnesty International ist aber »die Einhaltung von Rechtsstandards in Kenia teilweise zweifelhaft«, wie der Sprecher der deutschen Sektion, Dawid Bartelt,

sagte. Nach einer noch unveröffentlichten Vereinbarung zwischen der EU und Kenia dürfen die Piraten nicht gefoltert und nicht zum Tode oder zu einer anderen grausamen Strafe verurteilt werden. Sie haben Anspruch auf einen Rechtsanwalt und dürfen ihr Urteil vor einer höheren Gerichtsstanz anfechten.

Die Seeräuber hatten am Dienstag das Handelsschiff einer deutschen Reederei attackiert. Zusammen mit einem US-Hubschrauber griff die Besatzung der deutschen Fregatte ein und nahm die Piraten gefangen. Seitdem sind sie unter einer Zeltplane an Deck der Fregatte untergebracht und werden laut Ministerium nach muslimischen Regeln gepflegt.

Der Einsatzplan der »Rheinland-Pfalz« ändert sich nicht. Sie hätte nach Angaben des Verteidigungsministeriums ohnehin Mombasa angelaufen, weil sie von dort aus den Schutz eines Schiffs mit Hilfsgütern des Welternährungsprogramms übernehmen soll.



Die US-Navy übergab bereits letzte Woche Verdächtige an Kenia.

## Kirchenbank trotz der Krise

Paderborn (WB/in). Trotz des schwierigen Umfelds am weltweiten Finanzmarkt hat die Paderborner Bank für Kirche und Caritas im vergangenen Jahr ihr Eigenkapital um 13,1 Prozent auf 121 Millionen Euro erhöht. Die Kundeneinlagen erhöhten sich um 3,3 Prozent auf 2,859 (Vorjahr: 2,769) Milliarden Euro. Die Kredite stiegen von 448 auf 518 Millionen Euro. Die Zahl der Mitglieder blieb bei dem 1972 gegründeten genossenschaftlichen Institut mit 1333 (1327) konstant. Der Vorstand Dr. Richard Böger wertete die positiven Zahlen als Erfolg der konservativen und nachhaltigen Anlagepolitik. Daran will das Institut auch 2009 festhalten.

## Britische Lloyds unterm Schirm

London (Reuters). Nach der Royal Bank of Scotland (RBS) hat sich auch die angeschlagene Großbank Lloyds unter den milliarden-schweren Schutzschirm des britischen Staates begeben: Das Geldinstitut versichert bei der Regierung faule Wertpapiere im Umfang von 290 Milliarden Euro und sorgt damit für den Fall einer sich vertiefenden Rezession vor. Im Gegenzug wird die Regierung Mehrheitseigner bei der schon zuvor teilverstaatlichten Bank. Wie Lloyds am Samstag mitteilte, könnte die Staatsbeteiligung auf bis zu 77 Prozent ansteigen. Die Bank sagte zu, ihre Kreditvergabe für Hauseigentümer und Unternehmen deutlich auszuweiten.

## Air Berlin stützt LTU die Flügel

Düsseldorf (dpa). Air Berlin stellt gut einhalb Jahre nach der Übernahme des Ferienfliegers LTU die Langstrecke der Düsseldorfer Tochter auf den Prüfstand. Im Rahmen des Sparprogramms »Jump« werde geprüft, ob eine Fokussierung auf die Mittelstrecke sinnvoll sei, sagte gestern ein Sprecher. »Es kann auch ein Verkauf der LTU-Langstrecke herauskommen«, sagte er. Das Ergebnis der Prüfung sei völlig offen. Auf der Langstrecke gebe es Buchungsrückgänge durch Reiseveranstalter. Hinzu kämen Forderungen der Pilotenvereinigung Cockpit für Air Berlin insgesamt. Für die LTU-Langstrecke sind einige hundert Mitarbeiter aktiv.